



**Europäische Ministerielle
WHO-Konferenz Psychische Gesundheit
Herausforderungen annehmen, Lösungen schaffen**

Helsinki, Finnland, 12.–15. Januar 2005



EUROPA

EUR/04/5047810/7

14. Januar 2005

52673

ORIGINAL: ENGLISCH

**Europäischer Aktionsplan für psychische Gesundheit
Herausforderungen annehmen, Lösungen schaffen**

Dieser Aktionsplan wird in der Europäischen Erklärung zur psychischen Gesundheit durch die Gesundheitsminister¹ der Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO befürwortet. Sie unterstützen seine Umsetzung in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Möglichkeiten jedes einzelnen Landes.

Die Herausforderungen der nächsten fünf bis zehn Jahre bestehen in der Erarbeitung, Umsetzung und Auswertung einer Politik und einer Gesetzgebung, die Angebote im Bereich psychische Gesundheit hervorbringt, durch die das Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung verbessert, psychische Gesundheitsprobleme verhütet und die Integration und das Wirken von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen gefördert werden können. In den kommenden zehn Jahren gilt es vorrangig:

- i. das Bewusstsein von der Bedeutung des psychischen Wohlbefindens zu fördern,
- ii. gemeinsam gegen Stigma, Diskriminierung und Ungleichbehandlung anzugehen, Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen und ihre Angehörigen zu stärken und zu unterstützen und sie an diesem Prozess aktiv zu beteiligen,
- iii. umfassende, integrierte und effiziente psychosoziale Versorgungssysteme zu entwerfen und zu implementieren, welche Förderung, Prävention, Behandlung und Rehabilitation, Pflege und Genesung vorsehen,
- iv. dem Bedürfnis nach kompetenten und in allen diesen Bereichen leistungsfähigen Mitarbeitenden zu entsprechen,
- v. die Erfahrung und das Wissen der Betroffenen und Betreuenden² als wichtige Grundlage für die Planung und Entwicklung von Diensten anzuerkennen.

Der Aktionsplan schlägt Mittel und Wege zur Entwicklung, Umsetzung und Durchführung einer umfassenden Politik für den psychosozialen Bereich in den Ländern der Europäischen Region der WHO vor, wofür Maßnahmen in den nachstehend aufgeführten zwölf Gebieten erforderlich sind. Die Länder werden diese Politik in ihre eigenen Strategien und Pläne für die psychosoziale Versorgung der kommenden fünf bzw. zehn Jahre einfließen lassen.

1. Psychisches Wohlbefinden für alle fördern

Herausforderung

Psychische Gesundheit und psychisches Wohlbefinden sind grundlegend für die Lebensqualität. Sie ermöglichen es den Menschen, ihr Leben als sinnvoll zu erleben und sich als kreative und aktive Bürger zu betätigen. Psychische Gesundheit ist ein wesentliches Element des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Produktivität und eines stabilen und friedlichen Lebensumfelds. Sie trägt dadurch zum gesellschaftlichen Vermögen und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft bei. Public Mental Health und dem psychischen Wohlbefinden förderliche Lebensweisen sind entscheidend dafür, dass dieses Ziel erreicht wird. Die Förderung der psychischen Gesundheit verbessert die Lebensqualität und das psychische Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung, einschließlich der Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen und der sie Betreuenden. Die Entwicklung und Umsetzung von wirksamen Plänen zur Förderung der psychischen Gesundheit wird das psychische Wohlbefinden aller steigern.

¹ Das in diesem Text verwendete generische Maskulinum bezeichnet gleichermaßen weibliche und männliche Personen. Es wurde weitgehend versucht, geschlechtsneutrale Formen zu finden.

² Mit den Betreuenden sind Angehörige, Freunde oder sonstige ehrenamtliche Betreuer gemeint.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Umfassende Strategien zur Förderung der psychischen Gesundheit im Zusammenhang einer Politik für Gesundheit, einschließlich psychischer Gesundheit, und einer Politik insgesamt entwickeln, die die Förderung der psychischen Gesundheit über das gesamte Leben hinweg aufgreifen.
- ii. Förderung psychischer Gesundheit als eine langfristige Investition annehmen und Aufklärungs- und Informationsprogramme auf lange Sicht entwickeln.
- iii. Wirksame Programme zur Unterstützung und Aufklärung von Eltern ab der Schwangerschaft entwickeln und anbieten.
- iv. Evidenzbasierte Programme entwickeln und anbieten, die Fähigkeiten fördern, Informationen bereitstellen und sich auf die Resilienz, die emotionale Intelligenz und die psychosoziale Funktion von Kindern und Jugendlichen konzentrieren.
- v. Den Zugang älterer Menschen zu gesunder Ernährung und körperlicher Betätigung verbessern.
- vi. Gemeindenahе, vielschichtige Interventionen unter Einbezug von Awareness-Kampagnen für die Öffentlichkeit, von Mitarbeitenden in der Primärversorgung und von Multiplikatoren vor Ort wie Lehrern, Geistlichen und Medien fördern.
- vii. Elemente der Förderung psychischer Gesundheit in bestehende allgemeine Konzepte und Programme für Gesundheitsförderung und Public Health einbetten, z. B. in die von den Netzwerken der WHO für Gesundheitsförderung unterstützten.
- viii. Den Konsum gesunder Produkte fördern und die Einnahme schädlicher Produkte mindern.
- ix. Gesunde Arbeitsplätze schaffen durch Maßnahmen wie Gymnastik, geänderte Arbeitsmuster, vernünftige Arbeitszeiten und einen gesundheitsförderlichen Managementstil.
- x. Wirksame Aktivitäten zur Förderung der psychischen Gesundheit für Menschen mit andauernden psychischen oder physischen Gesundheitsproblemen und die sie Betreuenden anbieten.
- xi. Klare Mechanismen für eine Befähigung der Bevölkerung zur Übernahme von Verantwortung für Ziele der Gesundheitsförderung und der Krankheitsprävention aufzeigen, z. B. durch ein erhöhtes öffentliches Bewusstsein für die Bedeutung von Lebensentscheidungen.

2. Die zentrale Position der psychischen Gesundheit aufzeigen

Herausforderung

Psychische Gesundheit ist zentral für den Aufbau einer gesunden, integrativen und produktiven Gesellschaft. Eine vernünftige und zusammenhängende Politik, z. B. in den Bereichen Arbeit, Stadtplanung und sozioökonomische Fragen, wirkt sich auch positiv auf die psychische Gesundheit aus und vermindert das Risiko für psychische Gesundheitsprobleme. Die Konsequenzen jeder Politik für die psychische Gesundheit und insbesondere mögliche Auswirkungen auf gefährdete Gruppen müssen daher in Betracht gezogen werden. Eine Politik für psychische Gesundheit erfordert eine sektorübergreifende Vernetzung und sollte ein multisektorales und multidisziplinäres Vorgehen beinhalten.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Psychische Gesundheit untrennbar mit Public Health verbinden.
- ii. Die Perspektive psychischer Gesundheit und einschlägige Maßnahmen in aktuelle und künftige nationale Politik und Gesetzgebung einbeziehen.
- iii. Psychische Gesundheit in Programme für Gesundheit am Arbeitsplatz einbeziehen.
- iv. Die möglichen Folgen einer neuen Politik auf das psychische Wohlbefinden der Bevölkerung vor ihrer Einführung abschätzen und nach ihrer Einführung auswerten.
- v. Die relativen Folgen einer Politik auf Menschen, die bereits an psychischen Gesundheitsproblemen leiden oder gefährdet sind, besonders berücksichtigen.

3. Gegen Stigma und Diskriminierung vorgehen

Herausforderung

Die Entwicklung und Einführung einer Politik für psychische Gesundheit darf nicht durch das weit verbreitete Stigma gefährdet werden, das psychischen Gesundheitsproblemen anhaftet und zu Diskriminierung führt. In vielen Fällen werden Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen aufgrund von Diskriminierung nicht die gleichen Möglichkeiten geboten. Die Menschenrechte und die Würde dieser Personen müssen geschützt werden. Eigenverantwortung ist ein entscheidender Schritt auf diese Zielsetzungen zu, da sie Integration und gesellschaftliche Eingliederung fördert. Fehlende Einflussmöglichkeiten für die Organisationen von Betroffenen und Betreuenden sowie unzureichende Vertretung verhindern die Gestaltung und Einführung von Konzepten und Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen zugeschnitten sind. Gegen die Ausgrenzung der Nutzer psychosozialer Dienste, ob sie in Anstalten und Einrichtungen oder in der Gesellschaft erfahren wird, muss auf vielfältige Weise angegangen werden.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Maßnahmen gegen Stigma und Diskriminierung anregen und dabei betonen, wie allgegenwärtig psychische Gesundheitsprobleme sind, wie gut die Heilungsaussichten und Behandlungschancen im Allgemeinen sind und wie selten sie mit Gewalt verbunden sind.
- ii. Behindertengesetzgebung einführen oder überprüfen, um sicherzustellen, dass psychische Gesundheit gleichberechtigt und chancengleich umfasst ist.
- iii. Nationale, sektorale und betriebliche Konzepte entwickeln und einführen, die bei Anstellungsverfahren jede Form von Stigma und Diskriminierung in Verbindung mit psychischen Gesundheitsproblemen beseitigen.
- iv. Die gemeindenahere Beteiligung an psychosozialen Programmen vor Ort stimulieren, indem Initiativen nichtstaatlicher Organisationen unterstützt werden.
- v. Ein stimmiges Programm aus Politik und Gesetzgebung erarbeiten, das gegen Stigma und Diskriminierung vorgeht und internationale und regionale Menschenrechtsnormen einschließt.
- vi. Einen konstruktiven Dialog mit den Medien aufnehmen und sie systematisch mit Informationen versorgen.

- vii. Standards für die Vertretung von Betroffenen und Betreuenden in Ausschüssen und Gruppen schaffen, welche für die Planung, Erbringung, Überprüfung und Inspektion von psychosozialen Angeboten verantwortlich sind.
- viii. Lokale und nationale nichtstaatliche und von den Betroffenen betriebene Organisationen schaffen und entwickeln, die die Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen, die sie Betreuenden und die Gemeinschaften, in denen sie leben, vertreten.
- ix. Die Integration von Kindern und jungen Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen und Behinderungen in das allgemeine Bildungs- und Berufsausbildungssystem fördern.
- x. Berufliche Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen schaffen und die Anpassung von Arbeitsplätzen und -methoden an ihre besonderen Bedürfnisse mit dem Ziel unterstützen, ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt zu sichern.

4. Geeignete Angebote für vulnerable Lebensphasen fördern

Herausforderung

Kleinkinder, Kinder, junge Menschen und ältere Menschen sind sozialen, psychologischen, biologischen und umweltbedingten Risikofaktoren besonders ausgesetzt. In Anbetracht ihrer Vulnerabilität und ihrer Bedürfnisse sollten junge und ältere Menschen bei Angeboten zur Förderung der psychischen Gesundheit und zur Prävention und Versorgung psychischer Gesundheitsprobleme eine hohe Priorität genießen. Allerdings verfügen viele Länder in diesem Bereich nur über unzureichende Kapazitäten und die Dienste und ihre Mitarbeitenden sind nur mangelhaft auf das Hantieren entwicklungs- und altersbedingter Probleme vorbereitet. Dabei können Störungen in der Kindheit wichtige Vorläufer für Störungen im Erwachsenenalter sein. Die Unterstützung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sollte als eine strategische Investition betrachtet werden, die langfristig viele Erträge für den Einzelnen, die Gesellschaft und das Gesundheitssystem abwirft.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Dafür Sorge tragen, dass die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen als Prioritäten in eine Politik für psychische Gesundheit eingehen.
- ii. Die internationalen Rechte von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen in die psychische Gesundheit betreffenden Gesetze aufnehmen.
- iii. Junge und ältere Menschen möglichst weitgehend an dem Entscheidungsprozess beteiligen.
- iv. Marginalisierten Gruppen besondere Aufmerksamkeit widmen, u. a. Kindern und älteren Menschen aus Migrantenfamilien.
- v. Psychosoziale Dienste entwickeln, die gegenüber den Bedürfnissen junger und älterer Menschen sensibel sind und in enger Zusammenarbeit mit den Familien, Schulen, Tageszentren, Nachbarn, der weiteren Familie und Freunden betrieben werden.
- vi. Die Entwicklung von Gemeindezentren für ältere Menschen fördern, um die soziale Unterstützung und den Zugang zu Interventionen zu verbessern.

- vii. Dafür Sorge tragen, dass sowohl die Primärversorgung als auch die spezialisierten Dienste altersgerechte und geschlechtsbezogene psychosoziale Angebote machen und als ein integrierter Verbund auftreten.
- viii. Ansätze zur Anstaltsversorgung von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen begrenzen, da sie soziale Ausgrenzung und Vernachlässigung erzeugen.
- ix. Durch Schaffung oder Ausbau von Kapazitäten für spezialisierte Interventionen und für die psychosoziale Versorgung von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen sowie durch Schulung und Anstellung einer angemessenen Zahl von Spezialisten die Qualität bestimmter psychosozialer Dienste verbessern.
- x. Die Koordination zwischen Organisationen, die mit Alkohol- und Drogenprogrammen und der Gesundheit und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auf nationaler und internationaler Ebene befasst sind, sowie die Zusammenarbeit zwischen ihren jeweiligen Netzwerken verbessern.
- xi. Für eine im Verhältnis zu vergleichbaren Gesundheitsdiensten ausgewogene Finanzierung sorgen.

5. Psychische Gesundheitsprobleme und Suizid verhüten

Herausforderung

In vielen Ländern sind Menschen einem schädlichen Stress erzeugenden Gesellschaftswandel ausgesetzt, der den sozialen Zusammenhalt, die Sicherheit und die Beschäftigung beeinflusst und zu einem Anstieg von Angst und Depressionen, Störungen durch Alkohol- und anderen Substanzgebrauch sowie von Gewalt- und Suizidverhalten führt. Die sozialen Auslöser psychischer Gesundheitsprobleme sind vielfältig und reichen von individuellen Ursachen zu Belastungen ganzer Gruppen oder Gesellschaften. Sie können in sehr unterschiedlichen Umfeldern auftreten oder verstärkt werden, u. a. zu Hause, am Ausbildungsplatz, am Arbeitsplatz oder in Einrichtungen. Marginalisierte und vulnerable Gruppen wie Flüchtlinge und Migranten, Arbeitslose, Gefängnisinsassen und Haftentlassene, Menschen mit abweichender sexueller Orientierung, Menschen mit physischen oder sensorischen Behinderungen und Menschen, die bereits psychische Gesundheitsprobleme erleben, sind besonders gefährdet

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Bewusstsein für die Prävalenz, die Symptome und die Therapierbarkeit von schädlichem Stress, Angst, Depression und Schizophrenie schärfen.
- ii. Gefährdeten Gruppen gezielt Präventionsprogramme gegen Depression, Angst, schädlichen Stress, Suizid und andere Risiken anbieten, die auf der Grundlage ihrer besonderen Bedürfnisse entwickelt wurden und die sensibel für ihren kulturellen Hintergrund sind.
- iii. Selbsthilfegruppen, Telefondienste und Webseiten gegen Suizid einrichten, die insbesondere auf stark gefährdete Gruppen ausgerichtet sind.
- iv. Maßnahmen zur Verringerung der Verfügbarkeit von Suizidmitteln einführen.
- v. Routinebeurteilung der psychischen Gesundheit junger Mütter durch Geburtshelfer und Gemeindeschwestern einführen und bei Bedarf Interventionen anbieten.

- vi. Für gefährdete Familien Aufklärung zu Hause anbieten, um aktiv die elterliche Sorgefähigkeit, das Gesundheitsverhalten und das Zusammenspiel zwischen Eltern und Kindern verbessern zu helfen.
- vii. In Partnerschaft mit anderen Ministern Erziehungsprogramme einrichten, die Suizid, Depressionen und Störungen durch Alkohol- und anderen Substanzgebrauch bei jungen Menschen an Schulen und Universitäten aufgreifen und die bei der Gestaltung der Kampagnen Rollenvorbilder und junge Menschen einbeziehen.
- viii. Die Umsetzung von Plänen zur Entwicklung der Gemeinschaft in Risikozonen unterstützen und nichtstaatliche Organisationen stärken, insbesondere solche, die marginalisierte Gruppen vertreten.
- ix. Angemessene fachliche Unterstützung und Dienste für Leute sicherstellen, die schwere Krisen durchmachen und Gewalt erleben, u. a. Krieg, Naturkatastrophen und Terrorangriffe, um posttraumatische Belastungsstörungen zu verhüten.
- x. Das Bewusstsein von Mitarbeitenden in der Gesundheitsversorgung und ähnlichen Sektoren über ihre eigenen Einstellungen und Vorurteile gegenüber Suizid und psychischen Gesundheitsproblemen schärfen.
- xi. Die arbeitsbezogene psychische Gesundheit mithilfe speziell für diesen Zweck entwickelter Indikatoren und Instrumente laufend beobachten.
- xii. Die Fachkompetenz für den Schutz und die Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz durch Risikobewertung und Management von Stress und psychosozialen Faktoren, durch Schulung von Mitarbeitenden und durch bewusstseinsbildende Maßnahmen entwickeln.
- xiii. Für Beschäftigung, Wohnung und Bildung maßgebliche Behörden in die Ausarbeitung und Umsetzung von Präventionsprogrammen einbeziehen.

6. Gute Primärversorgung für psychische Gesundheitsprobleme sichern

Herausforderung

In vielen Ländern der Europäischen Region sind Hausärzte und die Mitarbeitenden der Primärversorgung bei allgemeinen psychischen Gesundheitsproblemen die erste und wichtigste Hilfsstelle. Allerdings werden psychische Gesundheitsprobleme von Hausärzten und Mitarbeitenden der Primärversorgung oft nicht entdeckt und wenn sie entdeckt werden, ist die Behandlung nicht immer angemessen. Viele Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen, insbesondere die vulnerablen und marginalisierten, erfahren beim Zugang zu den Diensten und bei der Aufrechterhaltung des Kontakts mit ihnen Schwierigkeiten. Hausärzte und Primärversorgungsdienste müssen die Kapazitäten und die Kompetenz zum Aufspüren und Behandeln von Menschen mit allgemeinen psychischen Störungen in der Gemeinde entwickeln und bei Bedarf als Teil eines Verbunds aus spezialisierten psychosozialen Diensten unterstützt werden.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Dafür Sorge tragen, dass alle Menschen im Rahmen der Primärversorgung guten Zugang zu psychosozialen Diensten haben.
- ii. Primärversorgungsangebote entwickeln, die die Fähigkeit zum Aufdecken und, soweit angemessen, zur anfänglichen Behandlung allgemeiner psychischer Gesundheitsprobleme einschließlich Depression, Angst, stressbedingter Störungen,

- Substanzmissbrauch und psychotischer Störungen besitzen, indem für mehr und besser qualifizierte Mitarbeitende in der Primärversorgung gesorgt wird.
- iii. Zugang zu psychotropen Medikamenten und psychotherapeutischen Interventionen im Rahmen der Primärversorgung für allgemeine ebenso wie schwere psychische Störungen bereitstellen, insbesondere für in der Gemeinschaft ansässige Personen mit stabilen chronischen psychischen Störungen.
 - iv. Mitarbeitenden der Primärversorgung zu Förderungs- und Präventionsmaßnahmen im Bereich psychische Gesundheit anhalten, die insbesondere auf Gesundheitsdefizite bestimmende oder erhaltende Faktoren zielen.
 - v. Behandlungs- und Überweisungsvorschriften für die Primärversorgung entwickeln und umsetzen und dabei bewährte Verfahren aufstellen und klar die jeweilige Zuständigkeit im Verbund aus Primär- und Spezialversorgung festlegen.
 - vi. Kompetenzzentren schaffen und in jeder Region Netzwerke fördern, an die sich Gesundheitsfachkräfte, Betroffene, Betreuende und die Medien um Rat wenden können.
 - vii. Psychosoziale Dienste bereitstellen und in andere Dienste der Primärversorgung einpassen und eine Versorgung in leicht zugänglichen Settings wie Gemeindezentren und Allgemeinkrankenhäusern anbieten.

7. Menschen mit schweren psychischen Gesundheitsproblemen durch gemeindenahe Dienste wirksam versorgen

Herausforderung

Die Psychiatriereform macht in der ganzen Region Fortschritte. Es ist dabei von entscheidender Bedeutung, dass das Recht der Menschen auf wirksamste Behandlungen und Maßnahmen bei geringstmöglichem Risiko anerkannt und unterstützt wird und zwar auf der Grundlage ihrer individuellen Bedürfnisse, unter Berücksichtigung ihrer Kultur, ihrer Religion, ihres Geschlechts und ihrer Erwartungen. Erkenntnisse und Erfahrungen aus vielen Ländern stützen die Entwicklung eines Verbunds aus gemeindenahen Diensten, in den auch Krankenhausbetten eingehen. Das 21. Jahrhundert hat keinen Platz für eine inhumane und entwürdigende Behandlung und Versorgung in großen Anstalten: Eine wachsende Zahl von Ländern hat bereits viele dieser Anstalten geschlossen und ist jetzt dabei, wirksame gemeindenahe Dienste zu implementieren. Besondere Beachtung sollte den emotionalen und finanziellen Bedürfnissen und dem Informationsbedarf der Familien und Freunde geschenkt werden, die oft für die intensive Unterstützung und Betreuung verantwortlich sind und dabei selbst Unterstützung benötigen.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Betroffene und Betreuende befähigen, auf psychosoziale und andere wichtige Dienste zuzugreifen und in Partnerschaft mit den Erbringern Verantwortung für ihre Versorgung zu übernehmen.
- ii. Spezialisierte gemeindenahe Dienste planen und einführen, die täglich rund um die Uhr geöffnet sind, über einen multidisziplinären Mitarbeiterstab verfügen und Menschen mit schweren Störungen wie z. B. Schizophrenie, bipolaren Störungen, schweren Depressionen oder Demenz versorgen.
- iii. Krisenversorgung am Wohnort und am Arbeitsplatz der Menschen anbieten und dadurch eine Verschlechterung oder Krankenhauseinweisung wo möglich verhüten und

- nur wirklich bedürftige Menschen einweisen bzw. solche, die für sich selbst oder andere ein Risiko ausmachen.
- iv. Umfassende und wirksame Behandlung, Psychotherapie und Medizinierung mit geringstmöglichen Nebenwirkungen in gemeindenahen Settings anbieten, insbesondere für junge Menschen, die die erste Episode einer psychischen Störung erleben.
 - v. Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen den Zugriff auf notwendige Arzneimittel zu Preisen sichern, die der Einzelne und das Gesundheitssystem sich erlauben können, damit eine angemessene Verschreibungs- und Einnahmepraxis dieser Arzneien erreicht wird.
 - vi. Rehabilitationsangebote entwickeln, die die Integration der Menschen in die Gesellschaft optimieren und gleichzeitig für die mit psychischen Gesundheitsproblemen verbundenen Behinderungen sensibel sind.
 - vii. Angebote für die psychosozialen Bedürfnisse von Menschen in nicht spezialisierten Einrichtungen wie Allgemeinkrankenhäusern oder Gefängnissen bereitstellen.
 - viii. Betreuenden und Angehörigen eine Beurteilung ihrer emotionalen und finanziellen Bedürfnisse und eine Beteiligung an den Versorgungsprogrammen anbieten.
 - ix. Programme gestalten, die die Fähigkeiten und die Kompetenz von Angehörigen und Betreuenden zur Pflege und zur Krankheitsbewältigung entwickeln.
 - x. Beihilfeprogramme auf die Einbeziehung der wirtschaftlichen Kosten der Betreuung überprüfen.
 - xi. Modellprojekte planen und finanzieren, die sich zur Weiterverbreitung eignen.
 - xii. Von Kollegen anerkannte Vorreiter finden und unterstützen, damit diese die Innovation vorantreiben.
 - xiii. Leitlinien für eine bewährte Praxis entwickeln und ihre Umsetzung beobachtend begleiten.
 - xiv. Das Recht der unfreiwillig eingewiesenen Menschen auf Wahl eigener unabhängiger Vertreter gesetzlich verankern.
 - xv. Gesetze oder Vorschriften einführen oder bekräftigen, die die Versorgungsstandards schützen, wozu auch die Beendigung jeglicher inhumanen oder entwürdigenden Behandlung und Intervention gehört.
 - xvi. Zur Durchsetzung bewährter Praxis Inspektionen einführen und Vernachlässigungs- und Missbrauchserscheinungen in der psychosozialen Versorgung stoppen.

8. Partnerschaften über Sektoren hinweg errichten

Herausforderung

Wesentliche Dienste, die in der Vergangenheit in der Regel in großen Anstalten erbracht oder aber als unwesentlich für das Leben von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen betrachtet wurden, sind heute oft auf mehrere Organisationen verteilt. Das Fehlen von Partnerschaft und Koordination zwischen von verschiedenen Organisationen betriebenen oder finanzierten Diensten führt zu mangelhafter Versorgung, Leid und Ineffizienz. Die Zuständigkeit verschiedener Organe für ein derart breites Angebot an Diensten erfordert Koordinierung und Führung unter Einschluss der Behörden. Die Betroffenen und die Betreuenden benötigen Unterstützung für

den Zugang zu und den Erhalt von Leistungen wie Beihilfen, Unterbringung, Mahlzeiten, Beschäftigung und Behandlung von körperlichen Erkrankungen einschließlich Substanzmissbrauch.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Umfassende Präventions- und Versorgungsdienste anbieten, die sich in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen um deren Bedürfnisse reihen.
- ii. Kooperative Netzwerke aus Diensten schaffen, die für die Lebensqualität von Betroffenen und Betreuenden von entscheidender Bedeutung sind, z. B. soziale Wohlfahrt, Arbeit, Ausbildung, Justiz, Verkehr und Gesundheit.
- iii. Den Beschäftigten in den psychosozialen Diensten die Verantwortung für die Erkennung allgemeiner Bedürfnisse und für die Bereitstellung von Unterstützung durch direkte Maßnahmen oder durch ein mit anderen Diensten abgestimmtes Handeln geben.
- iv. Beschäftigte in anderen verwandten Diensten über die konkreten Bedürfnisse und Rechte der Menschen aufklären, die psychische Gesundheitsprobleme haben oder gefährdet sind.
- v. Finanzielle und bürokratische Hemmnisse der Zusammenarbeit, auch auf behördlicher Ebene, erkennen und beseitigen.

9. Ein ausreichendes und kompetentes Arbeitskräfteangebot schaffen

Herausforderung

Die Psychiatriereform erfordert neue Aufgaben und Zuständigkeiten der Mitarbeitenden und dafür ist ein Wandel bei Werten und Haltungen, Wissen und Können erforderlich. Die Arbeitsweisen vieler Beschäftigter der psychosozialen Dienste und anderer Sektoren wie Lehrer, Sozialbeamte, Geistliche und Ehrenamtliche müssen modernisiert werden, damit eine wirksame und leistungsfähige Versorgung möglich ist. Neue Ausbildungsmöglichkeiten müssen dem Bedarf nach Sachkenntnis in allen Funktionen und Aufgaben gerecht werden.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Erfordernis neuer Rollen und Aufgaben für Mitarbeitende im spezialisierten und allgemeinen Gesundheitsdienst und auf anderen wichtigen Gebieten wie Wohlfahrt und Erziehung anerkennen.
- ii. Erfahrungen in gemeindenahen Settings und multidisziplinärer Teamarbeit bei der Ausbildung aller Mitarbeitenden der psychosozialen Dienste berücksichtigen.
- iii. Ausbildung auf dem Gebiet der Erkennung, Prävention und Behandlung von psychischen Gesundheitsproblemen für alle Mitarbeitenden der Primärversorgung weiterentwickeln.
- iv. In Partnerschaft mit Bildungseinrichtungen Programme planen und finanzieren, die dem Ausbildungsbedarf der vorhandenen und der neu rekrutierten Mitarbeitenden entsprechen.
- v. Anwerbung neuer Mitarbeitender für die psychosozialen Dienste fördern und an den vorhandenen Mitarbeitenden verstärkt festhalten.

- vi. Durch Anreize eine insbesondere für gefährdete Menschen gerechte Verteilung der Mitarbeitenden der psychosozialen Dienste auf die Bevölkerung sicherstellen.
- vii. Gegen mangelnde Kenntnisse der gegenwärtigen Ausbilder in Bezug auf neue Technologien angehen und Ausbilderprogramme unterstützen.
- viii. Mitarbeitende der psychosozialen Dienste über die Verbindung zwischen Förderung, Vorsorge und Behandlung aufklären und ausbilden.
- ix. Die Mitarbeitenden im ganzen öffentlichen Sektor so aufklären, dass sie die Wirkung ihrer Konzepte und Maßnahmen auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung erkennen.
- x. Durch die Gestaltung und Einführung einer geeigneten Fachschulung zum Thema psychische Gesundheit für alle Beschäftigten in der psychosozialen Versorgung einen sachkundigen Mitarbeiterstab schaffen.
- xi. Ausbildungsverläufe für Spezialisten in Bereichen entwickeln, die eine hohe Sachkenntnis erfordern, wie z. B. die Versorgung und Behandlung von Kindern, älteren Menschen und anderen, die an einer Kombination aus psychischen Gesundheitsproblemen und Störungen durch Substanzgebrauch leiden (Komorbidität).

10. Verlässliche Informationen über psychische Gesundheit sichern

Herausforderung

Um eine gute Politik und Praxis in den Ländern und der ganzen Region entwickeln zu können, müssen Informationen über den tatsächlichen Zustand der psychischen Gesundheit und der psychosozialen Aktivitäten verfügbar sein. Die Auswirkungen jeder neu umgesetzten Initiative sollten überwacht werden. Der psychische Gesundheitszustand und das Hilfesuchverhalten von Bevölkerungen, bestimmten Gruppen und Einzelpersonen sollten in einer Weise gemessen werden, die Vergleiche in der gesamten Europäischen Region der WHO zulässt. Indikatoren sollten vereinheitlicht und lokal, national und international vergleichbar sein, damit sie bei einer wirksamen Planung, Umsetzung, begleitenden Beobachtung und Auswertung eines evidenzbasierten Strategie- und Aktionsplans für psychische Gesundheit von Nutzen sind.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Ein nationales Surveillance-System auf der Grundlage international standardisierter, harmonisierter und vergleichbarer Indikatoren und Datenerhebungssysteme entwickeln, damit der Fortschritt in Bezug auf lokale, nationale und internationale Zielsetzungen für eine Verbesserung von psychischer Gesundheit und psychischem Wohlbefinden verfolgt werden kann.
- ii. Neue Indikatoren und Datenerhebungsmethoden für nicht verfügbare Informationen entwickeln, u. a. Indikatoren für psychische Gesundheitsförderung, Prävention, Behandlung und Rehabilitation.
- iii. Regelmäßige bevölkerungsbezogene Befragungen zur psychischen Gesundheit unterstützen, die eine für die ganze Europäische Region der WHO vereinbarte Methodik anwenden.
- iv. Ausgangsniveaus für Inzidenz und Prävalenz wichtiger Krankheitsbilder einschließlich Risikofaktoren in der Bevölkerung und in Risikogruppen messen.
- v. Bestehende psychosoziale Programme, Dienste und Systeme begleitend beobachten.

- vi. Die Entwicklung eines integrierten Datenbankverbunds der gesamten Europäischen Region der WHO unterstützen, welcher den Stand der Konzeptionen und Strategien im Bereich psychische Gesundheit, die Verwirklichung und Erbringung von evidenzbasierter Förderung, Prävention, Behandlung, Versorgung und Rehabilitation mit einschließt.
- vii. Die Verbreitung von Informationen über die Auswirkung guter Konzepte und Praktiken auf nationaler und internationaler Ebene fördern.

11. Faire und angemessene Finanzierung bereitstellen

Herausforderung

Die Mittel, die für psychische Gesundheit zur Verfügung gestellt werden, sind im Vergleich mit anderen Bereichen des öffentlichen Sektors vom Umfang her oft unangemessen und von der Verteilung her ungerecht. Das spiegelt sich in Zugangsbenachteiligung, Vernachlässigung und Diskriminierung wider. In einigen Gesundheitssystemen wird über die Versicherungsleistungen bei Zugang und Recht auf Behandlung psychischer Gesundheitsprobleme stark diskriminiert. Innerhalb der Budgets für psychische Gesundheit sollte die Mittelzuweisung gerecht und verhältnismäßig sein, also den Bedürftigsten einen relativ größeren Anteil und Nutzen zukommen zu lassen.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Bewerten, ob der Anteil der Zuwendungen der Gesundheitshaushalte für psychische Gesundheit den Bedürfnissen der Klientel und der Dringlichkeit der Fälle gerecht wird.
- ii. Sicherstellen, dass die am schwersten betroffenen Menschen und die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft den relativ größten Nutzen ziehen.
- iii. Bewerten, ob die Finanzierung effizient eingesetzt wird, wobei der gesellschaftliche Nutzen einschließlich des durch Förderung, Prävention und Versorgung erzeugten mit einzubeziehen ist.
- iv. Beurteilen, ob der Schutz durch Sozial- und Privatversicherungssysteme vergleichbar umfassend und fair wie bei anderen Erkrankungen ist und nicht Gruppen ausschließt oder diskriminiert und ob er insbesondere die Schwächsten schützt.

12. Wirksamkeit auswerten und neue Erkenntnisse gewinnen

Herausforderung

Die Forschung macht beträchtliche Fortschritte, doch einigen Strategien und Interventionen fehlt noch immer die erforderliche Erkenntnisgrundlage, sodass weitere Investitionen benötigt werden. Darüber hinaus sind Investitionen in die Wissensverbreitung erforderlich, denn die vorhandenen Erkenntnisse über wirksame neue Interventionen und nationale und internationale Praxisvorbilder sind vielen Entscheidungsträgern, Managern, Praktikern und Forschern nicht bekannt. Die Wissenschaftler der Europäischen Region müssen zusammenarbeiten und gemeinsam die Grundlagen für evidenzbasierte Aktivitäten im Bereich psychische Gesundheit schaffen. Zu den wichtigen Forschungsprioritäten zählen Analysen von Konzeptionen im Bereich psychische Gesundheit, Folgenabschätzung allgemeiner Politikbereiche auf die psychische Gesundheit, Evaluierungen der Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit, eine bessere Erkenntnis-

grundlage für Vorsorgemaßnahmen und neue Dienstmodelle sowie Gesundheitsökonomie im Bereich von psychischer Gesundheit.

Erwägenswerte Maßnahmen

- i. Nationale Forschungsstrategien unterstützen, die vorbildliche Praxis erkennen, entwickeln und umsetzen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Risikogruppen gerecht zu werden.
- ii. Die Wirkung der psychosozialen Gesundheitssysteme über längere Zeit auswerten und Erfahrungen auf die Formulierung neuer Dringlichkeiten und die Ausschreibung der notwendigen Forschungsaufträge anwenden.
- iii. Forschung unterstützen, die die Entwicklung von Präventionsprogrammen ermöglicht, welche auf die gesamte Bevölkerung und Risikogruppen abzielen. Die Konsequenzen der wechselseitigen Zusammenhänge vieler psychischer, physischer und sozial bedingter Gesundheitsprobleme für wirksame Präventionsprogramme und -konzepte müssen erforscht werden.
- iv. Forschung zur Gesundheitsfolgenabschätzung der Politik in anderen Sektoren als dem Gesundheitssektor fördern, da diese ein deutliches Potenzial für eine bessere psychische Gesundheit bieten.
- v. Die Wissenslücke zwischen Theorie und Praxis überbrücken, indem die Zusammenarbeit zwischen Forschern, Entscheidungsträgern und Praktikern durch Seminare und zugängliche Veröffentlichungen erleichtert wird.
- vi. Sicherstellen, dass Versuchsprogramme langfristige Auswertungen über ihre Auswirkung auf die psychische wie auf die physische Gesundheit und auf Gesellschaft und Wirtschaft enthalten.
- vii. Nachhaltige Partnerschaften zwischen Praktikern und Forschern für die Umsetzung und Auswertung neuer oder bestehender Interventionen stiften.
- viii. In die Ausbildung zur Erforschung der psychischen Gesundheit durch alle akademischen Disziplinen, u. a. Anthropologie, Soziologie, Psychologie, Managementstudien und Wirtschaftswissenschaften, investieren und Anreize für langfristige akademische Partnerschaften schaffen.
- ix. Die europäische Zusammenarbeit bei der Erforschung der psychischen Gesundheit durch eine größere Vernetzung der WHO-Kooperationszentren in der Europäischen Region und anderer Zentren mit Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Prävention ausweiten.
- x. In die regionale Zusammenarbeit bei der Informationsverbreitung investieren, um eine Doppelung allgemein anwendbarer Forschung zu vermeiden und Unwissenheit über erfolgreiche und relevante Aktivitäten an anderen Orten zu überwinden.

Psychische Gesundheit für Europa: die Herausforderung annehmen

Etappenziele

Die Mitgliedstaaten bekennen sich durch die Europäische Erklärung zur psychischen Gesundheit und diesen Europäischen Aktionsplan für Psychische Gesundheit zur Annahme der Herausforderungen und zu folgenden Zielen. Zwischen 2005 und 2010 sollten sie:

1. eine Politik erarbeiten und Aktivitäten umsetzen, die gegen Stigma und Diskriminierung vorgehen und das psychische Wohlbefinden fördern, u. a. an gesundheitsförderlichen Schulen und Arbeitsplätzen,
2. die Auswirkungen der öffentlichen Politik auf die psychische Gesundheit gründlich untersuchen,
3. Prävention von psychischen Gesundheitsproblemen und Suizid in die nationale Politik einschließen,
4. spezialisierte Dienste aufbauen, die in der Lage sind, besondere Herausforderungen durch junge und ältere Menschen und geschlechtsspezifische Probleme aufzugreifen,
5. Dienste priorisieren, die auf die psychischen Gesundheitsprobleme marginalisierter und vulnerabler Gruppen und auf die Komorbiditätsproblematik ausgerichtet sind, bei welcher psychische Gesundheitsprobleme und andere Probleme wie Substanzmissbrauch oder körperliche Erkrankung auftreten,
6. Partnerschaften für die sektorübergreifende Arbeit aufbauen und gegen Negativanreize vorgehen, die die gemeinsame Arbeit behindern,
7. Strategien für die Humanressourcen einführen, um ein ausreichendes und kompetentes Arbeitskräfteangebot im psychosozialen Bereich zu schaffen,
8. Indikatoren für die Determinanten und die Epidemiologie der psychischen Gesundheit und die Gestaltung und Erbringung der Dienste in Partnerschaft mit anderen Mitgliedstaaten definieren,
9. gerechte Finanzierungen, Vorschriften und Gesetze für Gesundheit bekräftigen, die psychische Gesundheit mit einbeziehen,
10. inhumane und entwürdigende Behandlung und Versorgung beenden und Menschenrechte gesetzlich verankern und Gesetze zur psychischen Gesundheit erlassen, die mit den Normen aus den Konventionen der Vereinten Nationen und internationaler Gesetzgebung in Einklang stehen,
11. das Ausmaß der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen erhöhen,
12. die Vertretung von Betroffenen und Betreuenden in Ausschüssen und Gruppen sicherstellen, welche für die Planung, Erbringung, Überprüfung und Inspektion von psychosozialen Angeboten verantwortlich sind.